LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
16. Wahlperiode

Drucksache 16/2542
zu Drucksache 16/2515
03. 07. 2013

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktion der CDU

zu dem Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/2515 –

Bezahlbaren Wohnraum sichern

1. Der Landtag Rheinland-Pfalz stellt fest:

– Der Wohnungsmarkt zeigt in Deutschland wie auch in Rheinland-Pfalz unterschiedliche, oft gegenläufige Tendenzen. In Ballungsräumen kommt es infolge von Zuwanderung zu einer Verknappung von Wohnungen, die zu Mietpreissteigerungen führt. Es kommt hinzu, dass Immobilien in Ballungsräumen im Zuge niedriger Zinsen auf dem Geldmarkt zu immer mehr nachgefragten Anlageobjekten werden, die höhere Renditen versprechen als Geldvermögen. In vielen ländlichen Räumen und Kleinstädten ist der Wohnungsmarkt entspannt. In manchen Bereichen haben sich Leerstände mit steigender Tendenz entwickelt, die keinerlei Mietpreissteigerungen zulassen.

– In den Ballungsräumen verringert sich die Zahl der Wohnungen mit Mietpreisbindungen infolge der Förderung des Sozialen Wohnungsbaus. Auch deshalb wird es für Menschen mit niedrigeren Einkommen schwieriger, hier bezahlbaren Wohnraum zu bekommen. Ebenso fehlen altersgerechte Wohnungen für eine älter werdende Bevölkerung, Wohnungen für kinderreiche Familien und für Behinderte. Zudem müssen viele Mietwohnungen modernisiert werden, besonders um den Energieverbrauch zu senken.

– Die energetische Ausstattung von Wohnräumen muss heute unaufgefordert auch bei Vermietungen durch den Vermieter mittels eines Energieausweises nachgewiesen werden. Da der tatsächliche Verbrauch jedoch entscheidend vom Verhalten der Wohnungsnutzer abhängt, sind „ökologische Mietpreisspiegel“ kaum justiziabel handhabbar.

– Ein funktionierender Wohnungsmarkt mit einem Ausgleich von Angebot und Nachfrage braucht ausreichend rentable private Investitionen. Dafür muss der Staat angemessene rechtliche Rahmenbedingungen gewährleisten.

– Eine zu starke Konzentration von Wohnraum und Arbeitsstätten in Ballungsräumen verursacht aufgrund der Flächenknappheit hohe Immobilienpreise, die oft schon für mittlere Einkommen ausreichende Wohnräume unerschwinglich macht. Auch die Verdichtung von Wohnungen in hochgebauten Anlagen lässt eine vernünftige Wohnqualität mit gutem Wohnumfeld nur begrenzt zu. Deshalb ist eine besser ausgeglichene regionale Wirtschaftsstruktur Voraussetzung für bezahlbaren Wohnraum.

– Darauf muss die Wohnungsbaupolitik von Bund und Ländern mit differenzierten Maßnahmen reagieren, die den regional unterschiedlichen Wohnungsmärkten

b. w.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 4. Juli 2013

gerecht wird. Die verschiedenen Instrumente der Wohnungsbaupolitik müssen aufeinander abgestimmt angewendet werden.

2. Deshalb fordert der Landtag Rheinland-Pfalz die Landesregierung auf,

– mit einer ausgewogenen regionalen Strukturpolitik dafür zu sorgen, dass auch künftig Arbeitsstätten und Wohnraum außerhalb der größeren Ballungsräume erhalten bleiben und ausgebaut werden;

– die Zahl der im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus geförderten Wohnungen mit Mietpreisbindungen in Ballungsräumen bedarfsgerecht zu erhöhen;

– dabei mit Schwerpunkt auf die Modernisierung im Bestand mit verbesserter energetischer Qualität und auf Wohnraum für Familien, Alte und Behinderte zu setzen;

– sich für eine Änderung des sozialen Mietrechts einzusetzen, mit der die Länder die Möglichkeit erhalten, in Gebieten mit besonders angespanntem Wohnungsmarkt die Grenze für Mieterhöhungen für Bestandswohnungen, aber nicht für Neubauten innerhalb von drei Jahren auf zehn Prozent oberhalb der ortsüblichen Vergleichsmiete zu senken.

Für die Fraktion:
Hans-Josef Bracht